

25.05.12 | Europa

SPD präsentiert Forderungskatalog zum Fiskalpakt

Von Börsensteuer bis Schuldentilgungsfonds - Regierung arbeitet an eigenen Vorschlägen



© DAPD

SPD präsentiert Forderungskatalog zum Fiskalpakt

Berlin (dapd). Die SPD verlangt für ihre Zustimmung zum europäischen Fiskalpakt zahlreiche Gegenleistungen der Bundesregierung. Parteichef Sigmar Gabriel und Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier forderten am Freitag unter anderem einen europäischen Schuldentilgungsfonds, Investitionen in Infrastruktur und eine Finanztransaktionssteuer. Die Bundesregierung arbeitet ebenfalls an einem Paket, mit dem sie in Verhandlungen sowohl mit der Opposition als auch mit den anderen EU-Ländern beim nächsten Gipfel Ende Juni gehen will.

SPD und Grüne hatten nach einem parteiübergreifenden Gespräch mit Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) am Donnerstag im Kanzleramt grundsätzliche Bereitschaft signalisiert, dem europäischen Fiskalpakt noch vor der Sommerpause zuzustimmen. Dazu müssten aber überzeugende Vorschläge für mehr Wachstum in Europa vorgelegt werden. Für die Ratifizierung des Paktes sind in Bundestag und Bundesrat Zwei-Drittel-Mehrheiten nötig, weshalb die Koalition Unterstützung von der Opposition braucht.

Am 13. Juni wollen sich die Partei- und Fraktionschefs erneut mit Merkel treffen. Der linke SPD-Flügel forderte am Freitag allerdings, vor einer endgültigen Zu- oder Absage beim kleinen Parteitag am 16. Juni die Basis über die Haltung zum Fiskalpakt abstimmen zu lassen. "Es kann auf keinen Fall sein, dass für die SPD eine Vorentscheidung ausschließlich von Führungsleuten getroffen wird, die mit Angela Merkel am Tisch sitzen", sagte die Sprecherin der SPD-Linken, Hilde Mattheis, "Spiegel Online".

Gabriel forderte im Deutschlandfunk, in dem Wachstumspaket Investitionen in die Infrastruktur einzuplanen. Darunter falle etwa die Gebäudesanierung sowie der Ausbau der Stromnetze und der Breitbandversorgung, sagte er. Auch die Jugendarbeitslosigkeit müsse bekämpft werden.

Steinmeier sagte dem "Spiegel" laut Vorabmeldung vom Freitag: "Ohne eine Besteuerung der Finanzmärkte, ohne eine Stärkung der Investitionskraft und ohne eine Ausweitung des Kreditvolumens der Europäischen Investitionsbank wird die SPD den Weg der Bundesregierung nicht mitgehen." Es werde den Fiskalpakt "nur mit ergänzenden Wachstumselementen" geben. Steinmeier plädierte außerdem für einen Schuldentilgungsfonds.

Dagegen meldet die Bundesregierung aber "rechtliche Bedenken" an. Es sei verabredet worden, dass sowohl Opposition als auch Regierung bis zum nächsten Gespräch prüfen, inwiefern ein solcher Fonds verfassungs- und europarechtlich zulässig wäre, sagte Regierungssprecher Steffen Seibert. Er betonte zugleich, dass die Regierung "mit all ihren Kompetenzen" über die richtigen Schritte für mehr Wachstum nachdenke. Mehrere Ressorts seien damit befasst. Details zu möglichen Inhalten eines Wachstumspakets nannte er nicht.

Laut "Spiegel" erarbeitet die Regierung einen Sechs-Punkte-Plan. Dieser sehe unter anderem die Einrichtung von Sonderwirtschaftszonen in den besonders angeschlagenen Euro-Ländern vor. Ausländische Investoren könnten dort von steuerlichen Vergünstigungen und weniger strengen Regulierungen profitieren. Die Krisenländer sollten zudem Treuhandanstalten nach deutschem Muster oder Privatisierungsfonds einrichten, um ihre zahlreichen Staatsbetriebe zu verkaufen. Seibert wollte den Bericht nicht kommentieren.

Die Linke lehnt den Fiskalpakt unabhängig von möglichen flankierenden Paketen weiter ab. Der Vertrag sei undemokratisch und verfassungswidrig, sagte Fraktionsvize Sahra Wagenknecht in Berlin. "Wenn die SPD ihrer Rolle als Oppositionspartei gerecht werden will, muss sie sich diese Erkenntnis endlich zu eigen machen und entsprechend handeln", verlangte sie.

dapd